

HAUSHALTSPLAN 1978

Verschuldung wächst

Der Magistrat hat auf der letzten Sitzung des Stadtparlaments den Haushaltsplan für das Jahr 1978 eingebracht. Er folgt damit direkt dem erst Mitte Oktober verabschiedeten 1977er Etat.

Im Verwaltungshaushalt beläuft sich der neue Etat auf 27,1 Millionen DM (1977: 25,1 Mill. DM), im Verwaltungshaushalt auf 11,4 Millionen DM

(1977: rund 2 Millionen DM). Die Darlehensaufnahme soll 1978 3,85 Millionen DM (1977: 968.000 DM) betragen.

Erster Stadtrat Jourdan, der den Plan erläuterte, meinte dazu: „...Eines aber wird aus dem Finanzplan ganz klar ersichtlich — nämlich, daß wir auch in den kommenden Jahren ohne Darlehensaufnahme nicht auskommen, wenn wir das Investitionsprogramm nicht kürzen. Vielleicht erkennen Bund und Länder doch noch die Wichtigkeit, der Gemeinde für die Konjunktur, denn die Gemeinden haben einen Anteil von 70 Prozent an den öffentlichen Investitionen, man sollte deshalb auch ihren Anteil an den öffentlichen Einnahmen in die entsprechende Relation bringen.

1978 müssen wir fast neun Millionen für Zinsen und Umlagen aufbringen. Das sind genau 30 Prozent unseres Verwaltungshaushaltes.“

Diese Vorlage der Haushaltssatzung zeigt erneut, wie dringend notwendig die Erhöhung des Anteils der Kommunen am Gesamtsteueraufkommen ist. Auch Jourdan als Vertreter des Magistrats sprach diese Tatsache an. Man muß hier jedoch klar sehen, daß vom bloßen Reden eine Änderung der derzeitigen Situation nicht vollzogen wird. Notwendig ist ein entschiedener Protest aller Parteien der Stadtverordnetenversammlung unter Einbeziehung der Bevölkerung. Doch jedesmal, wenn die DKP hier initiativ wurde, machten die anderen Parteien einen Rückzieher vor ihren Parteifreunden in Bund und Land.

Die DKP wird entschieden alle Versuche von Magistrat und von SPD und CDU bekämpfen, die Bürger dieser Stadt mit neuerlichen Gebührenerhöhungen zu belasten.

pk

„Das sind mir schöne Demokraten!“

Die Herren in Wiesbaden zeigten ihr undemokratisches Gesicht, als sie gegen den Willen der Mehrheit unserer zwangsfusionierten Stadt den Kunstnamen „Waldfelden“ verpaßten. Durch Druck der Bevölkerung und den Antrag der DKP-Fraktion und zweier sozialdemokratischer Einzelkämpfer wurde dieser Unsinn rückgängig gemacht. Landkarten aber waren gedruckt, für Hunderttausende DM Autobahn-Straßenschilder und vieles mehr hergestellt, Steuergelder wurden verschwendet.

Nun plant der Magistrat eine Geschichte, die genauso die Wünsche und Gefühle der Menschen mißachtet. Von oben herab sollen die uralten Stadtwappen geändert werden. Das Mörfelder Wappen, erstmals bekannt im Jahre 1612, und das Walldorfer aus dem Jahre 1715. Offensichtlich meint der Magistrat, dies seien Lappalien, die Bevölkerung interessiere es nicht, man könne leicht Tatsachen schaffen. Der Magistrat soll sich nicht täuschen! Viele Leute ärgern sich über die ständigen Fusions-Folgen. Die Mehrheit der Bürger meint: „Wenn schon, dann halt ein Doppelwappen!“ Die DKP-Fraktion lehnt aus Protest gegen die undemokratische Vorgehensweise des Magistrats die Mitarbeit in der „Wappen-Kommission“ ab.

Rudi Hechler

GATEX

Immer wieder hört man Klagen über die Firma Gatex in der Langener Straße. So soll die Firma ohne Baugenehmigung mit dem Bau von Gebäuden begonnen haben. Die Nachbarn würden über die Maße durch Lärm und Staub belästigt. Jahrelang sei dort Kunststoff-Staub von dem man nicht wisse, ob er krebserrögend sei, in die Luft geblasen worden. Aber auch jetzt, nach Einbau von Filtern, käme es dort zu großen Belästigungen. Mittlerweile haben sich auch die Anlieger offiziell beim Magistrat der Stadt beschwert. Es stehen also Fragen offen, die geklärt werden müssen.

- Bestehen die Klagen der Anwohner zu Recht?
- Gibt es Verstöße der Gatex gegen die hessische Bauordnung?
- Wie hoch sind die Umweltbelastungen, die von diesem Betrieb ausgehen?
- Kann dieser Betrieb ins Gewerbe- oder Industriegebiet ausgesiedelt werden?

Vielleicht hört die CDU auf die Dominikaner

Ab und zu bringt die CDU in Mörfelden eine Stadtzeitung heraus. So auch an Weihnachten. Was sie dort auf zwei Seiten an Lügen und Verleumdungen über die DKP (auch über die SPD) brachte, war gar nicht feierlich. In einem „blickpunkt-extra“ haben wir bereits darauf geantwortet. Heute wollen wir uns noch einmal an die Mörfelder Stadtverordneten der CDU wenden.

Es verdient festgehalten zu werden, daß die Verantwortlichen für das „Stadt-Echo“ der CDU-Mörfelden die DKP-Mörfelden in äußerst unsachlicher Art und Weise angegriffen haben. Wir ersparen uns die nähere Begründung dafür, warum ein Joseph Goebbels seine helle Freude an einem solchen Stil politischer Auseinandersetzung hätte. Aber eines müssen wir doch betonen: Es war niemand anders als dieser Nazi-Propagandist, der solche Stichworte prägte wie sie heute die CDU gebraucht, z.B. von „den Expansionsgelüsten der Kommunisten“ oder davon, daß „die Kommunisten überall ihre Finger im Spiel“ hätten.

Die Blindheit der CDU-Vertreter gegenüber den tatsächlichen gesellschaftlichen Ursachen und Triebkräften in Geschichte und Gegenwart ist eine Gefahr für unsere Demokratie. Wer hinter jedem Protest, hinter jedem DKP-Antrag, hinter jeder Demonstration gegen das Bombenlager im Oberwald, hinter jeder Aktion, hinter jedem Streik, das „Spiel Moskaus“ oder irgendwelche „Machenschaften der Kommunisten“ vermutet, der übersieht bewußt oder unbewußt die tatsächlichen Gefahrenquellen für unsere Stadt, für unser Land, für unser Volk.

Wenn die Mörfelder CDU schon nicht vernünftige Vorschläge von der DKP hören will, dann vielleicht von katholischen Priestern, Dominikaner-Pater der Provinz Teutonia, die kürzlich erklärten:

„Wir erwarten, daß die Christen in der Bundesrepublik Deutschland – Bischöfe, Priester, Laien – an die Bundesregierung ein eindeutiges und unüberhörbares Nein zum Bau der Neutronenbombe und einer möglichen Stationierung dieser Waffe in unserem Lande sprechen. Wir erwarten ein ebenso eindeutiges und engagiertes Ja zu allen Bemühungen, die Probleme von Rüstung und Rüstungskontrolle auf dem Verhandlungswege zu lösen.“

Die DKP ist in der Lage, dieser Erklärung voll und ganz zuzustimmen. Wir fordern die CDU-Mörfelden auf, ebenso ihre Zustimmung zu dieser Erklärung der Dominikaner-Pater zu geben. Wir sind bereit, hier die Anschriften dieser

katholischen Priester zu veröffentlichen, an die die CDU ihr engagiertes Ja einsenden kann:

Pater Paulus Engelhardt OP, Walberberg, Pater Anatol Fei OP, Worms; Pater Dominik Germershausen OP, Göttingen; Pater Hans-Albert Gunk OP; Pater David Michael Kammler OP, Worms; Frater Sef Paßlick OP, Bottrop; Pater Tiemo Rainer Peters OP, Münster; Pater Gerhard Pöter, OP, Göttingen; Pater Klaus Pohlmeier OP, Bremen; Pater Georg Severin OP, Bottrop; Frater Wolfgang Stickler OP, Bottrop.

Die Dominikaner-Pater haben noch etwas gesagt:

„Wir übersehen keineswegs, daß Abrüstung ein Problem beider Machtblöcke ist.“

Und die DKP kann auch dieser sachlichen Feststellung nur voll zustimmen: Denn die DKP ist nicht, wie die CDU aus mangelndem Wissen oder bewußter Entstellung unserer Politik behauptet, für eine einseitige Abrüstung. Wir wollen Sicherheit nicht nur für unsere Bürger in Mörfelden, sondern auch für unsere Brüder und Schwestern in Potsdam und Dresden. Kann die CDU nicht einem solch ausgewogenen Vorschlag zustimmen, wie dem folgenden:

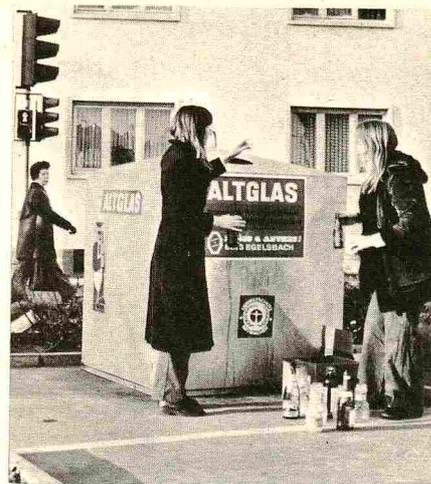
„Alle Staaten stellen gleichzeitig die Produktion von Atomwaffen ein. Alle Atomkräfte verpflichten sich, schrittweise die vorhandenen Kernwaffenbestände abzubauen.“

Können die Mörfelder CDU-Stadtverordneten nicht einem solch vernünftigen Satz zustimmen, der da lautet: *„Wir wollen dafür eintreten, daß der Widerstreit zwischen Sozialismus und Kapitalismus weder auf dem Schlachtfeld noch auf den Rüstungsfließbändern, sondern im Bereich der friedlichen Arbeit entschieden wird.“*

Würden der oben zitierte Satz und Vorschlag vom amerikanischen Präsidenten Carter vorgetragen worden sein – die DKP würde ihm zustimmen.

Kann die Mörfelder CDU über ihren Schatten springen und diesem Satz und Vorschlag zustimmen, obwohl er vom Generalsekretär der KPdSU, Breshnew, gerade jetzt erst gesagt worden ist?

DKP-Fraktion Mörfelden-Walldorf



Die 17 Altglasbehälter, die in Mörfelden-Walldorf aufgestellt wurden, werden gut aufgenommen.

Alle Zeitungen berichteten ausführlich über diese neue Einrichtung, keine aber fand es für nötig, zu erwähnen, daß diese Container auf DKP-Initiative hin aufgestellt wurden.

In Mörfelden wurden die Altglasbehälter wie folgt aufgestellt: 1. am Parkplatz in der Gundhofstraße (gegenüber dem Kiosk Schöneberger); 2. am Gärtnerweg / Westendstraße (Richtung Bahndamm); 3. am Parkplatz Brücken-Westendstraße; 4. am Parkplatz Im Eck; 5. am Parkplatz Turm-/Mainstraße (nahe der Litfaßsäule); 6. am Parkplatz Heine-/Feldstraße; 7. vor dem Altenwohnheim in der Kelsterbacher Straße 4; 8. am Spielplatz in der Daimlerstraße. Die Stadt bittet dringend darum, daß die Behälter wirklich nur mit Glas gefüllt werden.

Wechsel in der Fraktion

Der Stadtverordnete unserer Partei, Lorenz Pons, Walldorf, Waldenserstraße 4, legt mit Beginn des neuen Jahres aus beruflichen und gesundheitlichen Gründen sein Mandat nieder. Lorenz Pons bleibt Mitglied des kommunalpolitischen Arbeitskreises der DKP-Mörfelden-Walldorf und steht der Bevölkerung für kommunalpolitische Angelegenheiten weiter zur Verfügung.

Der Nachrücker auf der DKP-Liste, Wilhelm Passet (66) kann sein Mandat wegen der Verschlechterung seines Gesundheitszustandes nicht wahrnehmen. Für ihn wird der Maschinensetzer Rudolf Dötsch (37) die DKP im Stadtparlament von Mörfelden-Walldorf vertreten.

Für alle kommunalpolitischen Belange der Bevölkerung im Stadtteil Walldorf stehen neben Lorenz Pons alle Kandidaten der DKP-Walldorf zur Verfügung. Die DKP-Mörfelden-Walldorf dankt Lorenz Pons recht herzlich für seine geleistete Arbeit.

Betriebsratswahl 1978

In diesen Monaten finden Betriebsratswahlen statt. Diese Wahlen sind nicht nur für Großbetriebe wichtig. Auch in den kleineren Betrieben in Mörfelden-Walldorf sollten jetzt Betriebsräte gewählt werden. Die DKP setzt sich ein für das aktive Zusammenwirken aller Gewerkschafter, für das Zustandekommen gewerkschaftlicher Einheitslisten.

Die Betriebsratswahlen finden in einer Zeit statt, die gekennzeichnet ist durch eine Verschärfung der Krise des kapitalistischen Systems, durch wachsende Unsicherheit der Arbeitsplätze. Unternehmer, Regierungsvertreter und bürgerliche Massenmedien verschärfen ihre Angriffe auf berechnete Forderungen und erkämpfte soziale und demokratische Errungenschaften der arbeitenden Bevölkerung. In den Betrieben wird die Rationalisierung vorangetrieben. Neue Massenentlassungen sind in Vorbereitung, der Druck auf Löhne und Gehälter hat sich mit der Forderung nach einer Lohnpause weiter verschärft.

In dieser Situation haben Hunderttausende Arbeiter und Angestellte die Erfahrung gemacht, daß sie sich nicht auf die Versprechungen von oben, sondern allein auf die eigene Kraft verlassen können. Kampfberete Belegschaften, konsequente Betriebsräte und eine starke aktive Gewerkschaft, das waren und sind mehr denn je die entscheidenden Voraussetzungen für eine erfolgreiche Vertretung berechtigter Arbeiterinteressen.

Die DKP unterstützt voll die gewerkschaftliche Orientierung auf eine aktive Vorbereitung und Durchführung der Betriebsrätewahlen im Zeichen der Solidarität.

● Es liegt im Interesse der Arbeiter und Angestellten unseres Landes, wenn diese Wahlen genutzt werden, um das gemeinsame Handeln der Gewerkschafter über alle parteipolitischen und weltanschaulichen Meinungsverschiedenheiten hinweg zu stärken.

● Es liegt im Interesse der Arbeiter und Angestellten, die Betriebsratswahlen zu einer Stärkung der Einheit und Geschlossenheit der Belegschaften und ihrer Einheitsgewerkschaften zu nutzen.

● Es liegt im Interesse der Arbeiter und Angestellten, konsequent für das Zustandekommen und den Erfolg gewerkschaftlicher Einheitslisten einzutreten.

● Es liegt im Interesse der Arbeiter und Angestellten, solche Kollegen zu wählen, die sich als konsequente Gewerkschafter bewährt haben und die Gewähr dafür bieten, daß sie auch in Zukunft mit Rückgrat die Interessen ihrer Kollegen vertreten werden.

Unsere Partei unterstützt den gewerkschaftlichen Aufruf zu gemeinsamen Wahlen von Arbeitern und Angestellten. Sie sind eine entscheidende Basis für die notwendige einheitliche Interessenvertretung durch den gesamten gewählten Betriebsrat. Wir unterstützen auch die Orientierung, mehr ausländische Kollegen sowie mehr Frauen und Jugendliche als in der Vergangenheit bei der Kandidatur auf den gewerkschaftlichen Einheitslisten zu berücksichtigen. Wir wenden uns mit Entschiedenheit gegen die erneuten Versuche, vor allem der CDU/CSU, mit der Drohung, Spalterlisten aufzustellen, Proporzdenken in die Betriebsratswahlen zu tragen und sie zu Parteibuchwahlen zu machen.



Weihnachtsmarkt in Mörfelden. Am „blickpunkt“-Stand gab es Bücher, Schallplatten, vor allem aber den Mörfelder Kalender. Wie im vergangenen Jahr war er der Renner des Tages. Einige Kalender sind noch bei den Mitgliedern der DKP-Mörfelden (jetzt für 3,- DM, die Hälfte des regulären Preises) zu erhalten. Nach Abschluß der Verkaufsaktion erhält der Verein für behinderte Kinder eine Spende.

BLICKPUNKT KOMMUNAL



Während einer Arbeitstagung der DKP-Mörfelden/Walldorf diskutierte man die nächsten Initiativen der DKP-Stadtverordneten. Zahlreiche Hinweise wurden auch diesmal aus der Bevölkerung an die DKP herangetragen. Um diese wird man sich besonders kümmern. Die Devise der DKP-Stadtverordneten: Jede Anregung wird beachtet. Der „blickpunkt“ beginnt heute mit dem Abdruck von Anträgen und Anfragen, die auf der Arbeitstagung Anfang Januar beschlossen wurden.

Antrag Kinderhort

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
In Mörfelden und in Walldorf wird spätestens bis zum Beginn des Schuljahres 1978/79 ein Kinderhort für schulpflichtige Kinder eingerichtet.
Entsprechende Haushaltsmittel sind im Haushaltsplan 1978 einzuplanen.

BEGRÜNDUNG:
Wir wiederholen unseren Antrag vom 16. September 1977 (er wurde während der Beratungen in einen Prüfungsantrag umgewandelt), weil sich die Dringlichkeit dieser Einrichtung immer mehr herausstellt. Wir führten in der Zwischenzeit Gespräche mit berufstätigen Frauen, die uns darauf hinwiesen, daß sie keine Möglichkeit haben, ihre Kinder in einer geeigneten pädagogischen Institution unterzubringen. Sie sind darauf angewiesen, entweder Verwandte in Anspruch zu nehmen, die Kinder in eine Pflegefamilie zu geben, was sich viele aus finanziellen Gründen nicht leisten können, oder die Kinder sich selbst zu überlassen. Da sich vor allem Letzteres nachteilig auf das Verhalten und die schulischen Leistungen auswirkt, ist es dringend notwendig, in Mörfel-

den und Walldorf einen Kinderhort einzurichten.
Wir sind sicher, daß sich der Magistrat inzwischen von der Notwendigkeit einer solchen Einrichtung überzeugt hat, zumal sich in Mörfelden und Walldorf Eltern aktiv dafür einsetzen (allein in Mörfelden wurden während des Weihnachtsmarktes über 400 Unterschriften von einer „Bürgerinitiative Kinderhort“ gesammelt).
Wir weisen darauf hin, daß für solche Einrichtungen Landeszuschüsse bis zur Hälfte der Gesamtkosten zur Verfügung gestellt werden.

Antrag Kindertagesstätte

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
In Mörfelden und Walldorf wird je ein städtischer Kindergarten in eine Kindertagesstätte umgewandelt.

BEGRÜNDUNG:
Wir wiederholen unseren Antrag vom 16. September 1977, der in der Etatdebatte 1977 in einen Prüfungsantrag umgewandelt wurde, weil ohne Zweifel in einer fast 30.000-Einwohner-Stadt Bedarf an Kindertagesplätzen besteht.
In einem der städtischen Kindergärten in Mörfelden gibt es zwar seit einiger Zeit eine Ganztagesgruppe, sie deckt aber den tatsächlichen Bedarf nicht. Mit der Einrichtung einer Kindertagesstätte wäre vor allem berufstätigen Müttern sehr geholfen.
Wir nehmen an, daß der Magistrat inzwischen auch die Notwendigkeit solcher Einrichtungen bei der Prüfung festgestellt hat.
Für den Stadtteil Walldorf bieten sich für die Kindertagesstätte die Räume des jetzigen Jugendzentrums an, wenn ein neues Jugendzentrum entstehen würde.

Anfrage Kinderkrippe

Wir fragen den Magistrat:
Welchen Bedarf gibt es in Mörfelden und Walldorf für Kinderkrippenplätze?

BEGRÜNDUNG:
Wir erinnern an den DKP-Antrag vom 16. September 1977, der folgenden Wortlaut hatte: „Der Magistrat wird beauftragt, zu prüfen, wieviele Familien oder alleinstehende Mütter einen Kinderkrippenplatz in Anspruch nehmen würden.“
Die Beantwortung des damals gestellten und inzwischen beschlossenen Prüfungsantrages, vor dem Beschluß über den Haushalt '78, wäre notwendig.

Anfrage Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen

Wir fragen den Magistrat:
Gibt es Möglichkeiten, im Rahmen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des Bundes und des Landes arbeitslose Kräfte bei der Stadt Mörfelden-Walldorf zu beschäftigen?
Gibt es personelle Engpässe in der Verwal-

tung oder sonstigen Bereichen der Stadt? Wenn ja, könnte der Stellenplan entsprechend ergänzt werden?

BEGRÜNDUNG:

Der Einsatz Arbeitsloser wird unseres Wissens zur Zeit mit 90 Prozent im Verwaltungsbereich und mit 80 Prozent im gewerblichen Bereich bezuschußt. In gleicher Höhe werden auch die Sozialabgaben finanziert. Wenn auch die Arbeitsverträge aus diesem Fonds in der Regel leider nur für ein halbes Jahr finanziert werden können, so ist doch für die Betroffenen auch eine befristete Einstellung eine Erleichterung.
Im übrigen unterstützen wir die Vorschläge des DGB zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung in denen es u.a. heißt: „Erheblicher Nachholbedarf besteht vor allem in folgenden Infrastrukturbereichen: Gesundheitswesen, Jugendhilfe, Altenhilfe, Bildungswesen, Kultur, Sportstätten, Abfallbeseitigung, Büro, Verwaltung und Sozialpflege.“
Es geht nicht darum, im öffentlichen Bereich „Leute unterzubringen“. Als Aufgabe steht die Befriedigung der elementaren Bedürfnisse der Bevölkerung. Und dazu sind mehr und nicht weniger Arbeitsplätze erforderlich.

Antrag Arbeitslose in Mörfelden-Walldorf

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Der Magistrat stellt fest:

1. Wieviel Arbeitslose es in Mörfelden-Walldorf gibt.
2. Wie hoch dabei der Anteil arbeitsloser Jugendlicher ist.
3. Wieviel Jugendliche in den letzten zwei Jahren ohne Lehrstelle blieben.
4. Wieviel Lehrstellen von Industrie und Gewerbe in Mörfelden-Walldorf in diesem Jahr angeboten werden.

BEGRÜNDUNG:

Wir geben uns mit der unvollständigen Antwort des Magistrats auf unsere entsprechende Anfrage vom 23. November 1977 nicht zufrieden.
Die Stadt sollte sich bei den Arbeitsämtern, den Betroffenen und bei der ansässigen Industrie und dem Gewerbe um die entsprechenden Angaben bemühen. Nur so kann sie ihre sozialen Verpflichtungen in dieser Frage voll wahrnehmen.

Antrag Einrichtung von Telefonzellen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Der Magistrat der Stadt Mörfelden-Walldorf setzt sich bei der Deutschen Bundespost dafür ein, daß im Ärztehaus in Mörfelden und am Bahnhof Walldorf je eine öffentliche Telefonzelle eingerichtet wird.

BEGRÜNDUNG:

Von älteren Bürgern beider Stadtteile wurde darauf hingewiesen, daß hierzu die Notwendigkeit, vor allem zum Bestellen eines Taxis, besteht.

Antrag Überdachung von Fahrrädern und Kleinkrafträdern am Jugendzentrum Mörfelden

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Am Jugendzentrum Mörfelden wird ein überdachter Platz geschaffen, damit Fahrräder und Krafträder untergestellt werden können. Im Etat 1978 werden hierzu entsprechende Mittel bereitgestellt.

BEGRÜNDUNG:

Viele Jugendliche fahren mit Fahrrädern und Mofas zum Jugendzentrum. Vor allem im Frühjahr und Herbst, wo mit erhöhten Niederschlägen zu rechnen ist, stellt das Fehlen einer Überdachung ein nicht zu unterschätzendes Problem dar. Dies wurde auch schon von Jugendlichen bei Gesprächen im Verwaltungsgremium des Jugendzentrums angesprochen.

Wir sind der Meinung, daß die Mittel jetzt bereitgestellt werden müssen und können. Eine strapazierfähige und genügend große Überdachung der Abstellplätze ist in diesem Frühjahr notwendig.

Anfrage Wochenmarkt Mörfelden

Wir fragen den Magistrat:

1. Ist von seiten des Magistrats beabsichtigt, den Mörfelder Wochenmarkt auf einen anderen Platz zu verlegen?
2. Wenn ja, welche Gründe haben Veranlassung hierzu gegeben?
3. Wie ist der Mörfelder Wochenmarkt bisher von der Bevölkerung angenommen worden?
4. Gibt es in diesem Zusammenhang Verbesserungsvorschläge von seiten der Aussteller?

BEGRÜNDUNG:

Von einem Aussteller wurde unsere Fraktion, die seinerzeit den Wochenmarkt beantragt hat, gefragt, ob es zutrifft, daß der Markt an einen anderen Platz verlegt werden soll. Sollte im Rahmen der Neugestaltung des gesamten Rathausplatzes eine Verlegung vorgesehen sein, dann fordern wir, im Interesse der Bevölkerung, unbedingt davon Abstand zu nehmen.

Auch nach Eröffnung der Massagepraxis dürfte an einem Tag in der Woche auf die, sicherlich notwendigen Parkplätze, verzichtet werden können.

Antrag Bauliche Veränderung im Bürgerhaus Mörfelden

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Vorhang hinter der Theke (Gesellschaftssaal) wird durch eine feste Tür ersetzt.

BEGRÜNDUNG:

Bei Veranstaltungen im Gesellschaftssaal kommt es oft zu erheblichen Belästigungen durch Küchendunst und Lärm von der Kegelbahn.



Wann endlich kriegt der Kreis einen Notarzwagendienst?

21. Dezember 1977, nachts 1 Uhr, bei Worfelden, Kreis Groß-Gerau.

Er kennt jede Kurve, jede Unregelmäßigkeit in dieser Straße, ist sie xmal gefahren. Die Scheinwerfer greifen nur müde in die Winternacht.

Fünf junge Menschen im Wagen.

Die Weihnachtsfeier hat müde gemacht. Er kennt jede Kurve, jede Unregelmäßigkeit. . . Der Schrecken kommt langsam und rasend zugleich. Aus der Nacht löst sich das Bild eines Baumes, grell und greller, groß und größer. Dem blechernen Lärm folgt die Dunkelheit. Kraftlos sind die Schreie. Schreie, die im nebligen Unterholz versacken ohne Widerhall. Im unerträglichen Schmerz die Enge der Eingekehlten — Luft, Luft!

Kraftlos sind die Schreie, nicht lauter als der Gestank von heißem Wasser und Öl. Zitternde Kälte, schwarz pulsiert Blut in die Nacht hinaus. Die Schreie gefrieren, der Schmerz lebt im Wimmern.

Warten, warten, warten!

Die Griffe der Männer sind sicher, die Technik erprobt. Die eiserne Klammer löst sich. . . für zwei zu spät. Da ist keine Rettung. Für den Rettungssanitäter eine Nacht wie schon viele, wie immer, wenn der lautlose Schrei des Funks nur ihn erreicht, wie immer, wenn der Schock endlich den Schmerz übermannt, wie immer, wenn der Arztkoffer im Wagen bleibt, weil kein Arzt neben ihm steht. Der Rettungssanitäter spürt wieder die

sen Kloß im Hals, der sich nicht schlucken läßt. Drei Schwerverletzte, kein Arzt, der Koffer im Wagen.

Warten, warten, warten!

Der Blick auf die Uhr. Es sind 25 Minuten, eine grausame Ewigkeit; aus Darmstadt hat sich der Notarzwagen endlich durch die Nacht getastet. Aus Darmstadt, nicht aus Groß-Gerau. Von ferne, warum nicht mit ihm, dem Rettungssanitäter aus der Nähe?

Die Spritze besiegt den Schmerz, die Infusionsflasche lindert den Schock, die ruhigen, geübten Wege der chromglänzenden Instrumente in den Handschuh-Händen lassen die Operation im Wagen so einfach und selbstverständlich erscheinen. Operationsende. Die Reifen des Notarzwagens hinterlassen keine Spur, als die Rücklichter zwischen den Bäumen verschwinden. Zurück bleiben Polizisten mit Maßbändern, ein Besen kratzt Glas an den Straßenrand. Ein Herr von der Pietät legt den zweiten Gang ein.

Wenig später in der gleichen Nacht heulen die Sirenen in Mörfelden. Das Schauspiel des Schmerzes und des Wartens wiederholt sich nur zwei Kilometer entfernt. Beim Bahnübergang ein Auto-Unfall. Feuerwehr und Rotes Kreuz im Einsatz. Wieder rund eine halbe Stunde, bis endlich ein Arzt eintrifft. Diesmal mit dem Notarzwagen aus Frankfurt. Aus der Ferne, warum nicht mit dem Rettungssanitäter aus der Nähe — und rasch? ■

Kürzlich wollte ich im Groß-Gerauer Kreiskrankenhaus einen Patienten besuchen und wurde zufällig Zeuge des Brandes, der, wie später zu erfahren war, im Keller des Krankenhauses ausgebrochen war. Das ganze Haus war in dicken schwarzen Rauch gehüllt. Ohne zu übertreiben kann ich sagen, daß man die Hand nicht mehr vor Augen sehen konnte. Leute, die aus dem Haus kamen, berichteten, daß die Säuglingsstation innerhalb von Sekunden voller Rauch gewesen sei und die Säuglinge evakuiert worden seien.

Ursache des Brandes seien angeblich Schweißarbeiten in einem Betriebsraum gewesen. Mir stellen sich in diesem Zusammenhang einige Fragen:

Wie kommt es, daß bei einem angeblich so harmlosen Brand im Keller mit einem Schlag die Säuglingsstation so in Mitleidenschaft gezogen werden kann? Ist es richtig, was einer der Zuschauer vermutete, daß nämlich die Säuglingsstation über einen Lüftungsschacht mit den Betriebsräumen im Keller verbunden ist? Wie sieht dann aber die Luftqualität im Normalfall oder wie hier im Falle einer Gefahr aus?

Es hätten ja auch Flammen aus der Lüftung schlagen können! Ich finde, es sollte hier schleunigst etwas unternommen werden, denn in Betriebsräumen kann ja immer mal etwas vorkommen.

Unter Umständen will ich die Leistungen dieser Säuglingsstation noch einmal in Anspruch nehmen und man möchte ja schließlich wissen, ob man das unbezorgt tun kann.

Gitti Haag, Forsthausstraße 45

Das Versprechen sollte endlich eingelöst werden

Während der letzten Stadtverordnetenversammlung kam es zu einer Debatte über die Straßenumbenennungen. Die DKP unterstützte in einem Antrag den Wunsch der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“, Straßen auch nach ermordeten Antifaschisten zu benennen. Dieser Antrag wurde von SPD und CDU abgelehnt. In der Erklärung der DKP-Fraktion hieß es u.a.:

„Wir haben unseren Antrag gestellt, weil das Anliegen der ‚Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes‘ auch ein alter Wunsch unserer Partei ist. Wir finden es richtig, wenn man für alle ermordeten Antifaschisten, vier Männer nennt, die stellvertretend für die politischen Hauptkräfte des damaligen Widerstandes stehen. Wir könnten uns vorstellen, daß weitere bekannte Personen aus der Widerstandsbewegung in eine solche Ehrung einbezogen werden könnten. Denkbar wären für uns auch Vertreter des damaligen Zentrums, des katholischen Lagers und Männer des 20. Juli. Wir möchten aus gegebenem Anlaß daran erinnern, daß es besonders in Mörfelden zahlreiche Opfer des Faschismus

gab, daß gerade hier viele Bürger die besten Jahre ihres Lebens in den Konzentrationslagern und Zuchthäusern Hitlers verbringen mußten und ihre Gesundheit opferten, weil sie nicht bereit waren, ihre antifaschistische Grundhaltung aufzugeben. Allein aus Mörfelden wurden in der Zeit des nationalsozialistischen Terrors etwa 25 Bürger zu insgesamt 50 Jahren Zuchthaus und KZ-Lager verurteilt. Bei den Ausschüßberatungen wurde deutlich, daß Sozialdemokraten und die Vertreter der CDU diesem Wunsch nicht folgen wollen. Wir bedauern diese Haltung. Natürlich haben wir auch registriert, daß Sprecher der Sozialdemokraten bereit waren, auf die gemachten Vorschläge zurückzukommen.

Wir würden ja auch sehr gern den Sozialdemokraten Glauben schenken, wenn — ja wenn es nicht in der Vergangenheit viele Beispiele gegeben hätte, die uns skeptisch stimmen. Zum Beispiel ist bis heute ein einstimmig gefaßter Beschluß der Mörfelder Stadtverordneten vom Dezember 1970, die Gesamtschule „Geschwister-Scholl-Schule“ zu benennen, noch nicht verwirklicht.

Trotzdem bleibt uns die Hoffnung, daß sich Sozialdemokraten ihrer antifaschistischen Tradition erinnern und dem Wunsch von zahlreichen Bürgern dieser Stadt Rechnung tragen.

Bei den Namensvorschlägen, die im Magistrat ausgehandelt wurden, gibt es eine „Egerländer“- und eine „Schlesier“-Straße. Dazu möchten wir einige Anmerkungen machen:

In unserer Stadt leben Bürger aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten. Bürger, die als Ergebnis des Hitlerkrieges nach Hessen kamen.

Diese Bürger sind integriert, es sind heute Mörfelder und Walldorfer. Man kann sicher eine Straße nach ihrer ehemaligen Heimat benennen, wenn diese Bürger es wünschen — so, wie auch eine „Waldenserstraße“ an die Herkunft der Walldorfer erinnert.

Es gibt natürlich auch eine andere Seite. Der zweite Weltkrieg — vom Hitlerfaschismus und vom deutschen Groß- und Rüstungskapital vom Zaune gebrochen

— hat ja nicht nur Millionen Tote auf allen Seiten gekostet, er hat auch letzten Endes dazu geführt, daß Deutschland geteilt wurde, daß die Ostgebiete verloren gingen.

Lange Zeit kamen Straßenbenennungen, wie die heutigen, vor allem auf Druck der „Vertriebenenverbände“ — die bekanntlich äußerst rechts angesiedelt sind — zustande.

Lange Zeit konnte man in den offiziellen Landkarten lesen, dieses Land seien „Deutsche Ostgebiete, unter polnischer oder russischer Verwaltung“.

Lange Zeit wurde bei den schwergeprüften Menschen die hier her kamen, neben der Erinnerung die falsche Hoffnung geweckt, man würde diese Gebiete wiedererringen. Die CDU macht dies in unverantwortlicher Weise heute noch so. Wir erinnern an die Aussagen ihres Fraktionsprechers Jung, der am 22. Nov. 1977 hier erklärte, „Dieses Land sei deutsch“. Nein, meine Damen und Herren von der CDU, das ist nicht so. Mit den Warschauer- und Moskauer Verträgen wurden diese jetzt bestehenden Grenzen festgeschrieben. Dies war die Voraussetzung für jede Entspannungspolitik. Dies muß vor allem die CDU noch lernen.“

Mörfelder SPD für Thälmannstraße

MÖRFELDEN. Wegen der Namensgebung der Gesamtschule und Straßenumbenennungen — in beiden Fällen hatte die DKP-Fraktion im Stadtparlament schon vor längerer Zeit Vorschläge unterbreitet und daran vor kurzem erinnert — wandte sich jetzt die sozialdemokratische Fraktion an die Fraktion der DKP. Nachdem die Stadtverordnetenversammlung Mörfelden am 22. Dezember 1970 die Anregung beschlossen habe, sich bei einer Namensgebung der Gesamtschule für den Namen „Geschwister-Scholl-Schule“ einzusetzen, sehe die SPD-Fraktion keine Veranlassung, davon abzurücken, erklärte jetzt deren Sprecher Bernhard Brehl. „Wir gehen davon aus, daß der Magistrat in dieser Angelegenheit an den Landkreis Groß-Gerau — dieser ist für die Namensgebung zuständig — herangetreten ist.“

Auch die Neubenennung einer „Thälmannstraße“ wird von der SPD-Fraktion befürwortet, „zumal dieser Straßename in Mörfelden bereits vorhanden war und im Rahmen von notwendig gewordenen Umbenennungen wegfiel“. Seine Fraktion gehe davon aus, so teilte Bernhard Brehl mit, daß der Magistrat zur gegebenen Zeit einen Vorschlag unterbreite. Im Zuge des Zusammenschlusses mit Walldorf im Jahre 1977 machten sich sicherlich einige Straßenumbenennungen notwendig, da in Mörfelden und in Walldorf eine Reihe gleicher Straßennamen vorkommt. Nach Auffassung der SPD-Fraktion sollten im Zuge dieser Umbenennungen traditionelle Mörfelder Namen und Bezeichnungen gefunden werden.

„Frankfurter Rundschau“ 23.8.74

POST

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes — Bund der Antifaschisten, Mörfelden-Walldorf, schickte ein Schreiben an die SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Mörfelden-Walldorf. Der Brief ging gleichzeitig an die Presse und die anderen Fraktionen im Stadtparlament. Im Brief heißt es u.a.:

„Wenn wir es auch bedauern, daß unsere Vorschläge bei den Straßenumbenennungen nicht aufgegriffen wurden, so sind wir doch sehr froh, daß ihre Fraktion bei der Neubenennung von Ortsstraßen, die Namen von ermordeten Antifaschisten berücksichtigen will.

Gerade jetzt, wo überall eine Verharmlosung des Hitlerfaschismus um sich greift, sollte man ein solches Zeichen setzen.

Wenn wir richtig informiert wurden, so ist vorgesehen, in Mörfelden im Baugebiet ‚Steinweg-Nord‘, schon in diesem Jahr Straßen zu benennen. Vielleicht könnten hier schon die genannten Vorschläge berücksichtigt werden.

Da sich in einem Jahr die sogenannte Kristallnacht jährt, könnte man für Walldorf eventuell die von der Walldorfer DKP und Pfarrer Wulf Boller vorgeschlagene Geschwister-Raiß-Straße benennen.“

Seltsame Praktiken

Recht sonderbar erging es der DKP-Fraktion, als sie ihre Vorschläge für den „Kulturplan '78“ einreichte. Konkrete Vorschläge, wohlgeleitet. Vom Brecht-Abend über ein 1.-Mai-Solidaritätsfest, bis zu Folklore-, Jazz- und Songabenden spannte sich die Palette. Vorgeschlagen waren eine Ausstellung „Arbeiter in der Kunst“, ein Kinderfest, eine Jugendveranstaltung mit dem „Grips-Theater“, eine Schriftsteller-Lesung, ein Tucholsky-Abend und einiges mehr. Viele Wochen gingen mittlerweile ins Land, manches wird nicht mehr zu verwirklichen sein. Warum – das lesen Sie im nachfolgenden „Offenen Brief“ der DKP-Fraktion an den Kultur-Ausschuß-Vorsitzenden Baldur Schmitt (SPD).

Sehr geehrter Herr Schmitt!
Nach Durchsicht der Sitzungstermine mußten wir feststellen, daß auf die jetzt festgelegte Weise ein Kulturplan für 1978 nicht aufzustellen ist. Wir sind nicht einverstanden mit der vorliegenden Praxis.

Zu Ihrer Erinnerung und zur Information der Öffentlichkeit sei der Sachverhalt hier noch einmal kurz dargestellt:

1. Auf der Sitzung des Sozial-, Bildungs- und Kulturausschusses am 14. November 1977 wurde auf Initiative des DKP-Vertreters festgelegt, daß die Fraktionen bis zum 6. Dezember 1977 Vorschläge für den Kulturplan '78 unterbreiten sollen.
2. Am 6.12.77 erfolgt eine Einladung zur Ausschußsitzung am 12.12.77. Auf der Tagesordnung steht der Kulturplan 1978.
3. Am 8.12.77 erfolgt eine Mitteilung, daß die Sitzung des Ausschusses nicht stattfindet. Die nächste Sitzung sei im Januar.
4. Ende des Jahres erscheint ein Sitzungsplan („im Benehmen mit den Ausschußvorsitzenden festgelegt“) mit der Mitteilung, daß die Sitzung des Sozial-, Bildungs- und Kulturausschusses am 28. Februar stattfindet. Am 24.1.1978 gibt es zwar eine gemeinsame Sitzung aller Ausschüsse hier ist jedoch nur die Haushaltsplan-Diskussion vorgesehen.

So ist natürlich kein Kulturplan aufzustellen. Das Ganze läuft jetzt auf eine stille Boykottierung der konkreten DKP-Vorschläge hinaus. Denn es ist vorauszusehen, daß es äußerst schwierig sein wird, Festlegungen für das erste Halbjahr zu treffen. Einige unserer Vorschläge sind, ohne daß darüber überhaupt diskutiert werden konnte, jetzt schon unrealisierbar.

Wie wir von verschiedenen Stellen erfahren, wurde die Sitzung des Sozial-, Bildungs- und Kulturausschusses am 12.12.77 nur deshalb verschoben, weil von der SPD-Fraktion keine Vorschläge und die allgemeinen Anregungen der CDU nicht zum festgelegten Termin

vorlagen. Wir sind sicher, hätten nur die Vorschläge der SPD vorgelegen, dann wäre diese Sitzung nicht verschoben worden.

Die DKP-Fraktion bedauert es außerordentlich, daß durch diese Vorgänge eine sachliche Diskussion des Kulturplanes außerordentlich erschwert wird. Trotzdem wollen wir diese Diskussion bald führen. Wir schlagen vor, daß noch im Januar eine Sitzung des betreffenden Ausschusses stattfindet.

Wir bitten Sie hiermit nochmals, unsere Vorschläge vom 3.12.77 und diesen Brief an alle Mitglieder des Sozial-, Bildungs- und Kulturausschusses weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen.
DKP-Fraktion der Stadtverordnetenversammlung von Mörfelden-Walldorf

Entwurf

Programm der Deutschen Kommunistischen Partei

Beschlossen von der 7. Tagung des Parteivorstands der DKP am 19./20. November 1977 in Düsseldorf

Soeben erschien der Programm-Entwurf der Deutschen Kommunistischen Partei.

Informieren Sie sich über die Ziele der DKP! Diskutieren Sie mit uns! Den Programm-Entwurf gibt es kostenlos bei den Stadtverordneten und allen Mitgliedern der DKP-Mörfelden/Walldorf.

**für Arbeiter geschrieben
von Arbeitern vertrieben
von Arbeitern finanziert**

**UZ die Arbeiterzeitung,
die Partei ergreift!**

DKP gegen neues Wappen

In einem Schreiben an den Magistrat hat es die DKP-Fraktion abgelehnt, einen Vertreter für eine Arbeitsgruppe zur Auswahl eines neuen Stadtwappens zu benennen.

Die DKP betont, daß sie von Anfang an gegen die Fusion

der beiden Städte aufgetreten sei und daß sie nicht bereit ist, diese und andere Fusionsfolgen mitzutragen.

Im übrigen hält es die DKP-Fraktion für falsch, jahrhundertalte Wappen, die einen festen Platz im Leben der Bevölkerung unserer Städte haben, zu verändern.



Mörfelden gestern

Auch dieses schöne Winterbild könnte heute nicht mehr fotografiert werden. Den „Mühlbach“ gibt es nicht mehr, er wurde verrohrt, unter Asphalt vergraben. Früher hatte er glasklares Wasser, in seinen Wasserpflanzen versteckten sich Fische. Die Mörfelder Buben hatten hier viel Spaß beim „Fischfang“. Die größten Forellen gab es auch dort, unterm Mühlrad, in der Mühle im Hintergrund waren sie zu finden. Auch im Winter waren die zugefrorenen Bäche und überschwemmten Wiesen beliebter Tummelplatz für die Schlittschuhläufer. Mörfelden gestern!

DKP-Landtagskandidaten wurden nominiert

Im Bürgerhaus Mörfelden fand die Wahlkreis-Mitgliederversammlung der DKP für die Wahlkreise 47 und 48 statt. Als Kandidat der DKP im Wahlkreis 47 wurde Rudi Hechler, DKP-Kreisvorsitzender und Stadtverordneter der DKP in Mörfelden-Walldorf und als Stellvertreter der Opel-Arbeiter Werner Welskop gewählt. Im Wahlkreis 48 kandidiert der Opel-Arbeiter Reinhold Ruhl, sein Stellvertreter ist der Rüsselsheimer SDAJ-Vorsitzende Lothar Klötzing. Als Kandidat für die

DKP-Landesliste wurde der Dreher Wilfried Lang, Betriebsrat bei Opel, vorgeschlagen. In seinem Referat führte der DKP-Kreisvorsitzende Rudi Hechler aus, daß die DKP mit ihren Kandidaten im Wahlkampf sich besonders der politischen Problematik der Arbeitslosigkeit annehmen werde und in der Öffentlichkeit mit der Aktion „Recht auf Arbeit“ politische Initiative gegen die kapitalistische Krise ergreifen werde. Rudi Hechler machte deutlich, daß sich die DKP-Kandidaten mit besonderem Nachdruck der Frage der Jugendarbeitslosigkeit und der Beschaffung von Ausbildungsplätzen annehmen werden. Mit Entschiedenheit wies

R. Hechler die bevorstehenden Angriffe auf die Rentner zurück. Die DKP werde in ihrem Kampf zum Schutzes des Grundgesetzes und der Hessischen Verfassung, den Kampf gegen alle Rechtskräfte führen. Wer rechte Politik ursächlich bekämpfen und zurückweisen wolle, der müsse die konsequente linke Kraft – die DKP – stärken und wählen. „Nur eine starke Deutsche Kommunistische Partei schafft auch den fortschrittlichen, sozialistischen Sozialdemokraten den Spielraum, den sie brauchen, um sozialdemokratische Politik gegenüber der CDU zu verteidigen“, sagte Rudi Hechler zum Abschluß seines Referates.